

Eine Chance für die Energiepolitik

Die Corona-Pandemie hat Mängel in der Landesversorgung aufgedeckt. Ein noch grösseres Risiko als eine Pandemie ist eine ungenügende Stromversorgung. Die Corona-Krise bietet Lehren für die Energiepolitik. Ein Gastkommentar von Lukas Weber

Der Erdölverbrauch liegt heute im Keller, die Welt stösst weniger CO₂ aus als seit langem, und mehr Flugzeuge befinden sich am Boden als in der Luft. Leben wir in der besten aller Zeiten? Aus grüner Sicht wahrscheinlich ja ...

Wie lange liesse sich ein Lockdown aufrechterhalten? Zu welchem Preis? Wer bezahlt die Rechnung? Das mindeste, was wir heute wissen, ist, dass der gegenwärtige Zustand nicht nachhaltig ist, da unsere Volkswirtschaft unermessliche Schulden anhäuft. Ein Lockdown lässt sich nicht über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten.

Erkenntnisse aus der Corona-Krise

Eine weitere Erkenntnis aus der Corona-Krise ist: Wir waren nicht gut vorbereitet. Übrigens weniger gut als in früheren Zeiten, als Landesversorgung noch kein antiquiertes Wort, Vorsorge selbstverständlich und Vorsicht eine Tugend war (vgl. Georg Häsler Sansano in der NZZ vom 12. Mai). Unter der Covid-Pandemie machten die Leute Hamsterkäufe, der Staat kratzte in der ganzen Welt Schutzmaterial zusammen, und die hohe Abhängigkeit von Arzneiwirkstoffen aus China verunsicherte die Bevölkerung.

Man stelle sich einmal vor, zu einer Pandemie käme eine Versorgungskrise hinzu: die Läden leer, die Spitäler überfüllt, das Stromnetz am Boden. Trotz Coronavirus sind unsere Kühlschränke heute gut gefüllt, wir nehmen von zuhause aus an Videokonferenzen teil und entspannen uns zu einem Film auf Netflix. Nie war es leichter als heute, eine Pandemie so unbeschadet zu überstehen. Die sichere Stromversorgung ist ein Segen!

Im Vergleich dazu brutal und folgenschwer wäre der Ausfall der Stromversorgung. «Strom ist das halbe Leben», verkündete die Stromwirtschaft vor rund dreissig Jahren in einer Imagekampagne. Sie hatte recht! Einen solchen Ausfall wird es nie geben? Von wegen: Ein längerer Strommangel ist gleich wahrscheinlich wie eine Pandemie, aber der Schaden wäre noch grösser, gab das Bundesamt für Bevölkerungsschutz vor fünf Jahren bekannt (vgl. Lukas Mäder in der NZZ vom 7. Mai 2020). Heute, drei Jahre nach der Schweizer Energiewende, ist Strom noch knapper geworden, besonders im Winter (siehe Helmut Stalder in der NZZ vom 22. Mai 2019). Mit Strommangel ist mehr denn je zu rechnen, weil die Schweiz und ihre Nachbarn gegenwärtig Kern- und Kohlekraftwerke abstellen, ohne sie durch gleichwertige Stromerzeuger zu ersetzen.

Die Corona-Krise hat nicht nur ernste Mängel in der Landesversorgung aufgedeckt, sondern jeden auf sich selbst zurückgeworfen und das freigelegt, was Menschen wirklich wichtig ist: gelebte Solidarität, ein Staat, der die Bevölkerung schützt, und Massnahmen, die wirken. Der Kontrast zur aktuellen Energiepolitik könnte nicht grösser sein. Hier geben unrealistische Träume den Ton an (Energiewende), der Staat opfert das nationale Wohlergehen (unzuverlässige und teure Energie) und ergreift wirkungslose Massnahmen (Klimapolitik). Die heutige Energiepolitik hat den Menschen aus den Augen verloren. Sie dient, theologisch gesprochen, Götzen.

Die Energiepolitik hat den moralischen Kompass verloren

Nach der christlichen Lehre hat Gott den Menschen Vernunft gegeben, damit sie verstehen, und Freiheit, damit sie entscheiden können. Anders als eine gängige Meinung engt der Glaube nicht ein, sondern befreit Menschen, erweitert ihren geistigen Horizont und vertieft ihr Denken. Im jüdisch-christlichen Glaubensverständnis soll der Mensch mit Achtung und Fürsorge über die Natur herrschen, und sein Handeln soll sich am Gemeinwohl ausrichten.

Die aktuelle Energiepolitik zielt nicht auf das menschliche Wohlergehen. Sie beruht auf dem Glauben, dass der Mensch der Natur eine Last sei und dass deshalb die Auswirkungen seines Handelns möglichst gering zu halten seien. Der Mensch hat danach keinen besonderen Wert mehr, sondern er wird selbst als Problem angesehen. Die Folge sind nicht nur Massnahmen, die nichts nützen, sondern eine unmenschliche Energiepolitik: Energie, die so teuer wird, dass immer weniger Menschen sie sich leisten können, und Versorgungsengpässe, die das zivilisierte Leben auflösen. Der ursprüngliche Zweck der Energieversorgung – die Befreiung des Menschen aus den Fängen der Naturgewalten, aus Armut und Elend, und die Ermöglichung eines menschenwürdigen und selbstbestimmten Lebens – geht allmählich vergessen. Radikale Grüne verurteilen heute, dass Kinder zur Welt gebracht werden, da sie vor allem eine Umweltbelastung seien (Esthy Rüdiger in der NZZ vom 9. August 2019). Ihre Politik ist nicht nur unmenschlich, sondern geradezu menschenfeindlich.

Was ist zu tun?

Der Ausgang der Corona-Krise ist eine Chance, die Energiepolitik der letzten Jahre zu überdenken. Die vom Bund ausgedachte Energiewende («Energierategie 2050») hat die menschenfreundliche Grundlage der Energiepolitik über den Haufen geworfen. Das System von Verboten, Steuern und anderen staatlichen Eingriffen hebt das in der Bundesverfassung verankerte Ziel einer ausreichenden, breit gefächerten, sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung aus. Die zunehmende Stromknappheit im Winter – wenn die Natur sich am rauesten zeigt – sollte uns heute stark beunruhigen.

Gegen die Energiewende wurde seinerzeit das Referendum ergriffen, das von der «Arbeitsgruppe Christen + Energie» unterstützt wurde. Die Propagandamaschine der Behörden, vieler Medien und mancher Wirtschaftsverbände war lange vor dem Abstimmungskampf so mächtig, dass das Volk, über die tatsächlichen Folgen getäuscht oder im Ungewissen gelassen, willig seinen Segen gab. Die einzige Behörde, die zur Vorsicht gemahnt und frühzeitig vor möglichen Schäden dieses Kurswechsels gewarnt hatte, die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom), hielt sich praktisch allein an das staatliche Propagandaverbot und wurde deshalb nicht gehört.

Fehler korrigieren

Allerdings ist eine Rechtsordnung nicht in Stein gemeisselt, sondern Menschenwerk. Gesetze, die sich nicht bewähren, können abgeschafft, ersetzt oder angepasst werden. Das Volk kann seine Meinung ändern, wie es das in der Vergangenheit immer wieder getan hat. Unsere Energie- und Strompolitik braucht wieder eine menschenfreundliche Grundlage.

Energiepolitik soll dem Gemeinwohl dienen, nicht den Interessen einzelner Branchen, die auf Kosten der Nation profitieren. Wir plädieren für eine Energieversorgung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, das heisst Investitionen in jene Technologien, die das beste Kosten-Nutzenverhältnis aufweisen, staatliche Eingriffe nur zur Sicherung der Energieversorgung und Steuern, die das freie

Spiel der Kräfte nicht merklich verfälschen, also keine Anreize, die überlegene Technologien benachteiligen und unterlegen Technologien privilegieren.

Eine sichere und günstige Stromversorgung ist ein Segen für jedermann, ob arm oder reich, jung oder alt, Land- und Stadtbewohner. Die Corona-Krise hat dies eindrücklich in Erinnerung gerufen. Die politisch Verantwortlichen sollen sich fern vom Rampenlicht zusammenraufen und einen Ausweg aus der Sackgasse einer wirklichkeitsfremden, dirigistischen und wohlfahrtsmindernde Energiewende einleiten. Die reine Luft nach dem Corona-Gewitter bietet die Gelegenheit dazu. Aufgerufen sind nicht nur die Politiker, sondern auch die Verbände, die Vereine und jeder Bürger.

Lukas Weber ist Präsident der Arbeitsgruppe Christen + Energie. Sie ist ein Zusammenschluss von Christinnen und Christen und setzt sich für eine sichere, zuverlässige und günstige Energieversorgung der Schweiz ein.